



StopEPA-Kampagne

e-Newsletter No. 12

März 2009

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen und Interessierte,

Seit Mitte Januar werden in der EU erneut Exporterstattungen für Milchprodukte bezahlt, nachdem sie zuvor eineinhalb Jahre ausgesetzt waren. Diese Maßnahme zeigt, dass die EU-Kommission nicht ernsthaft den Abbau der Exportsubventionen vorantreibt und dadurch die Existenzgrundlagen der Milchbauern im Süden bedroht.

Diese Entwicklung ist umso besorgniserregender, wenn man bedenkt, dass nun die Ratifizierungsphase der bisher zustande gekommenen Interims-EPAs in den nationalen Parlamenten und dem europäischen Parlament begonnen hat. In einem offenen Brief forderte die StopEPA-Kampagne die Parlamentarier/innen deshalb dazu auf, die bisherigen Abkommen kritisch zu prüfen und den Ratifizierungsprozess auszusetzen.

Über diese Themen und den Stand der aktuellen Verhandlungen in den einzelnen Regionen erhalten Sie Informationen in diesem newsletter.

Wir wünschen Euch/Ihnen eine anregende Lektüre.

Viele Grüße vom StopEPA-Kokreis

Weitere Informationen zur Kampagne bei der **Koordination Südliches Afrika (KOSA)**, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-9864851, Fax: 0521-63789 E-Mail: post@stopepa.de

Falls Sie den e-Newsletter nicht weiter beziehen möchten, senden Sie bitte eine kurze e-mail an post@stopepa.de. Wir werden Sie dann aus dem Verteiler löschen.

----- Inhalt -----

1. Der Stand der Dinge – Überblick über die einzelnen Regionen
 2. Kampagnennachrichten und Aktionshinweise
 3. Links
-

1. Der Stand der Dinge – Überblick über die einzelnen Regionen¹

Karibik

Im Oktober 2008 haben die EU und die Cariforum-Staaten² mit der Ausnahme Haitis das erste und bis zum jetzigen Zeitpunkt einzige vollständige EPA (Cariforum-EPA) unterzeichnet. Das Abkommen, welches nun vom EU-Parlament und den nationalen Parlamenten der jeweiligen Länder ratifiziert wurde bzw. werden muss, wird bereits seit dem 29. Dezember 2008 vorläufig angewendet.

Aus diesem aktuellen Anlass heraus hat sich die StopEPA-Kampagne in einem offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewandt³. Darin werden die Parlamentarier/innen dazu aufgefordert, sich kritisch mit den Abkommen auseinanderzusetzen. Zudem umfasst der Brief eine Auflistung besonders strittiger Punkte der Interimsabkommen⁴. Eine erste Reaktion auf das Schreiben kam aus der Fraktion DIE LINKE, welche die geäußerten Bedenken und Kritikpunkte teilt und die Forderung, die Ratifizierung der bereits abgeschlossenen EPAs zu stoppen und gegebenenfalls neu zu verhandeln, unterstützt.

Bei der dritten Versammlung der Parlamentarier aus der EU und den AKP-Staaten Ende Februar in Georgetown betonte Guayanas Präsident Bharrat Jagdeo, dass nach wie vor Zweifel und Besorgnis hinsichtlich des EPAs mit der EU bestehen. Außerdem forderte er die AKP-Staaten dazu auf, bei zukünftigen Verhandlungen misstrauischer zu sein und ihre Bedürfnisse besser durchzusetzen⁵.

Entwicklungsgemeinschaft im südlichen Afrika (SADC)

Von den 7 SADC-Staaten⁶ der SADC-EPA Verhandlungsgruppe haben Botswana, Lesotho, Namibia (BLNS), Mosambik und Swasiland ein Interimsabkommen mit der EU paraphiert. Südafrika hingegen, das gemeinsam mit den BLNS-Ländern eine Zollunion bildet, und Mitglied der SADC-EPA Verhandlungsgruppe ist, exportiert gegenwärtig weiterhin unter dem TDCa-Abkommen in die EU. Gleichzeitig werden die Verhandlungen mit dem Ziel ein umfassendes EPA abzuschließen, das auch Südafrika mit einbezieht, fortgesetzt.

Der Termin für die Unterzeichnung des Interimsabkommens, der für das Ende des Jahres 2008 angesetzt war, musste aufgrund bestehender Divergenzen verschoben werden. Botswana, Lesotho, Swasiland und die EU möchten das Interimsabkommen unterzeichnen, um anschließend die Verhandlungen bezüglich eines umfassenden EPAs voranzutreiben. Südafrika, Angola und Namibia hingegen beharren auf ihrem Standpunkt, dass vor der Unterzeichnung dringend Änderungen nötig sind und es mehr Zeit für Verhandlungen bedarf. Deshalb verfassten die drei Länder am 07. Januar 2009 einen gemeinsamen Brief an die Mitgliedsstaaten der EU, in dem sie ihre Bedenken über einzelne Aspekte des IEPAs zum Ausdruck bringen und sich für eine Unterbrechung des Unterzeichnungsprozesses aussprechen. Zudem ziehen die drei Staaten es vor, die beiden Abkommen (IEPA und vollständiges EPA) separat zu verhandeln⁷. (In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass in Angola, Botswana, Malawi, Mozambique, Namibia und Südafrika dieses Jahr Wahlen stattfinden werden.)

¹ Siehe auch: http://www.acp-eu-trade.org/library/library_detail.php?doc_language=en&library_detail_id=4665

² Die übrigen Cariforum-Mitglieder sind: Die Dominikanische Republik, Guyana, Jamaika, Barbados, Trinidad und Tobago, Surinam, St. Vincent und die Grenadinen, Dominica, Antigua und Barbuda, St. Kitts und Nevis, die Bahamas, Belize, Grenada und St. Lucia.

³ Link: http://www.stopepa.de/img/27_02_09_Brief_an_MdBs_StopEPAs.pdf

⁴ Link: [http://www.stopepa.de/img/Strittige_Punkte_Interim_EPAs\(2009\).pdf](http://www.stopepa.de/img/Strittige_Punkte_Interim_EPAs(2009).pdf)

⁵ Link: <http://www.stabroeknews.com/2009/news/local/02/28/flexibility-urged-in-activation-of-eu-trade-deal/>

⁶ Zur SADC gehören Südafrika, Namibia, Mosambik, Lesotho, Swasiland, Botswana, Simbabwe, Sambia, Angola, die Demokratische Republik Kongo, Tansania, Malawi, Mauritius und die Seychellen.

⁷ Link: http://www.acp-eu-trade.org/library/files/ANSA%20_EN_070109_Demarche-to-EU-MS.pdf

Im Oktober letzten Jahres hat die britische Wirtschaftsexpertin Catherine Ashton ihr Amt als neue Handelskommissarin angetreten. Nach ihrer Südafrikareise im Februar 2009 erklärte sie sich dazu bereit, die unmittelbar bevorstehende Unterzeichnung des Interimsabkommens zu verschieben, um die Ergebnisse eines Verhandlungstreffens Anfang März abzuwarten. Gleichzeitig betonte sie jedoch, dass der Verhandlungsprozess nicht weiter verzögert werden dürfte, da der momentane Status Quo nicht länger vertretbar sei, weder gegenüber der WTO noch gegenüber den SADC-Ländern, die den Willen bekundet hätten, zu unterschreiben. Im Falle einer nicht zustande kommenden Einigung der Verhandlungspartner müsste die Diskussion deshalb auf politischer Ebene fortgeführt werden.

Falls Botswana, Lesotho und Swaziland (BLS) entgegen der Bedürfnisse und Aufforderungen der anderen Mitglieder doch unterschreiben sollten, würde dies zu weiteren Handelsabkommen und damit zu einer weiteren Zersplitterung innerhalb der SADC führen. Ein Resultat, welches eigentlich hätte vermieden werden sollen. Das ursprüngliche Ziel der EPAs war es nämlich, die regionale Integration zu verbessern, anstatt diese durch ein komplexes System von unterschiedlichen Abkommen zu erschweren.

Presseberichten⁸ zufolge, legte die Europäische Kommission Südafrika im Dezember 2008 ein neues Angebot betreffend des Marktzugangs vor, um das TDCA mit dem EPA abzugleichen und dadurch die SACU (Zollunion der BLNS Staaten sowie Südafrika) zu erhalten. Der Vorschlag besteht in einer Neuregelung des TDCA, basierend auf Zollentgegenkommen beider Seiten. Südafrika, Angola und Namibia halten diese Lösung jedoch für unzureichend.

Auch bei den folgenden Verhandlungen bezüglich der Liberalisierung von Investitionen und Dienstleistungen wird Südafrika vermutlich der größte Widerpart der EU sein. Im Gegensatz zu seinen Nachbarstaaten Botswana, Lesotho und Swaziland konnte sich Südafrika bisher dem Druck der EU widersetzen, die auf einen schnellen Abschluss des Handelsabkommens drängte. Ein Dienstleistungsabkommen wäre für viele Staaten im Südlichen Afrika problematisch, da die schwachen institutionellen Systeme in diesen Ländern mit europäischen Firmen oder Banken kaum konkurrieren können. Auch Trudi Hartzberg, Direktorin des „Trade Law Center“ in Stellenbosch, verwies auf die Gefahren für das Banken- und Finanzsystem südafrikanischer Länder wie Botswana, wenn sich europäische Banken im Rahmen des EPAs dort niederlassen können⁹.

Ost- und Südostafrika

Nachdem sowohl die ESA (East South Africa) als auch die EAC (East African Community) ein Interimsabkommen mit der EU abgeschlossen haben, finden weitere Verhandlungen zu einem umfassenden EPA statt.

Das ESA-EU-Interimsabkommen soll Ende April 2009 auf Mauritius unterzeichnet werden. Beim ESA-Ministertreffen am 09. Februar 2009 fanden Beratungen über strittige Themen im Rahmen der Verhandlungen mit der EU statt. So lehnen die Minister dieser afrikanischen Länder beispielsweise weiterhin die von der Europäischen Union eingebrachte Meistbegünstigungsklausel ab, welche vorschreibt, dass Staaten anderen Staaten dieselben außenhandelspolitischen Vorteile einräumen müssen, die sie bereits einem dritten Staat zugestanden haben. Diese Regelung würde demnach die Möglichkeit der Entwicklungsländer zu Handelserleichterungen und vermehrter Kooperation untereinander erheblich einschränken. Weitere Infos zu diesem Thema unter http://www.acp-eu-trade.org/index.php?loc=newsletter/acp-eu-trade/TNI_0309_nego-update_longer-version.php.

⁸Link: <http://allafrica.com/stories/200812220101.html>

⁹ Link: <http://www.busrep.co.za/index.php?fSectionId=552&fArticleId=4876466>

Zentralafrika

Kamerun ist bisher das einzige Land in Zentralafrika, das ein Interimsabkommen mit der EU abgeschlossen hat. Zwei Wochen nach dessen Unterzeichnung am 15 Januar 2009, fand vom 02. bis 09. Februar eine weitere Verhandlungsrunde zwischen der EU und den zentralafrikanischen Staaten statt. Dabei herrschte erneut große Uneinigkeit bezüglich der handelspolitischen Themen. Die größte Hürde bestand in den Verhandlungen zu Umfang und Zeitvorgaben der Handelsliberalisierung. Die zentralafrikanischen Staaten fordern weiterhin einen Zollabbau von 71 % im Laufe einer 20-jährigen Übergangsperiode, wohingegen die EU nach wie vor auf 80 % in 15 Jahren besteht. Weiterer Diskussionen bedarf es außerdem über mögliche Verbesserungen der Ursprungsregelungen und handelsbezogenen Themen wie intellektuelle Eigentumsrechte, Wettbewerbspolitik und öffentliches Beschaffungswesen.

Die von der Europäischen Union eingebrachte Meistbegünstigungsklausel ist ein weiterer Grund der Meinungsverschiedenheiten.

Neben Kamerun und der Republik Kongo zählt auch Gabun zu den non-LDCs aus dieser Region. Gabuns Antrag auf Aufnahme in das GSP wurde von der Europäischen Kommission am 09. Dezember 2008 abgelehnt, da Gabun nicht alle erforderlichen UN-Konventionen unterzeichnet hat. Und auch mit Nigerias Antrag verfuhr die Europäische Kommission auf diese Weise. Dieses Verhalten wirkt allerdings wenig glaubwürdig, da beispielsweise El Salvador das GSP zu einem Zeitpunkt erhalten hat, zu dem es ebenfalls noch nicht alle nötigen UN-Konventionen ratifiziert hatte. Eine ähnliche Situation liegt in Bezug auf Kolumbien vor: Obwohl der Europäischen Kommission offizielle Beschwerden von Menschenrechtlern über die systematische Verfolgung von Gewerkschaftlern in Kolumbien vorlagen, wurde entschieden das GSP mit diesem lateinamerikanischen Land bis 2011 zu verlängern¹⁰. Dass einige Länder vom GSP trotz offenkundig fehlender Voraussetzungen profitieren, wohingegen die Anträge anderer Länder abgelehnt werden, zeugt von doppelten Standards in Bezug auf die Gewährung des GSP durch die Europäische Kommission.

Westafrika

In Westafrika haben bisher zwei Länder ein Interimsabkommen mit der EU unterzeichnet: Ghana und die Elfenbeinküste.

Die Verhandlungen mit dem Ziel ein vollständiges EPA in dieser Region abzuschließen, welches dann die bisherigen Interimsabkommen ablöst, werden in diesem Jahr fortgesetzt. Geplantes Ende der Verhandlungen ist Juni 2009. Berichten zufolge stehen die Verhandlungen, welche den Güterhandel betreffen, kurz vor ihrem Abschluss. Ähnlich wie in Zentralafrika bestehen vor allem hinsichtlich der Ursprungsregelungen, dem Dienstleistungssektor und den handelsbezogenen Themen Unstimmigkeiten und Diskussionsbedarf.

Da das Verhältnis von EPAs und Entwicklung in dieser Region stärker thematisiert wird, treiben die Staaten die Erarbeitung eines regionalen EPA-Entwicklungsprogramms weiter voran, so dass ein erster Entwurf bereits fertig gestellt wurde. Die Umsetzungsphase des Entwicklungsprogramms begann mit einem Workshop vom 02. bis 04. Februar 2009.

Auf europäischer Seite geht es im März 2009 nun darum, das Cote d'Ivoire-EU-Interimsabkommen durch die offizielle Zustimmung des europäischen Parlaments in Kraft treten zu lassen.

Neben Ghana und Cote d'Ivoire gibt es noch zwei weitere non-LDCs in dieser Region, welche bisher kein Interimsabkommen mit der EU abgeschlossen haben: Nigeria und Kap Verde.

Ebenso wie Gabun, stellte auch Nigeria einen Antrag in das GSP-plus-Programm eingeschlossen zu werden. Dieses Ansinnen wurde jedoch wie bereits erwähnt am 09. Dezember 2008 von der Europäischen Kommission mit der Begründung abgelehnt, dass Nigeria die UN-Konvention zur Prävention und Bestrafung von Völkermord nicht unterzeichnet habe.

¹⁰ <http://www.ipsnews.net/news.asp?idnews=45201>.

Kap Verde zählt seit 01. Januar 2008 zu den non-LDCs, ist aber berechtigt während einer Übergangsphase von mindestens drei Jahren unter der EBA-Regelung in die EU zu exportieren. Die nächste Verhandlungsrunde findet vom 30. März bis zum 03. April 2009 in Brüssel statt.

Pazifik

Das Vorhaben der Staatsoberhäupter der PIF-(Pacific Islands Forum)-Staaten, bis zum Ende des Jahres 2008 ein umfassendes EPA abzuschließen, ließ sich aufgrund mangelnder Einigung nicht verwirklichen, so dass die Verhandlungen in diesem Jahr fortgesetzt werden.

Allerdings haben die beiden einzelnen Staaten Papua-Neuguinea und die Fidschiinseln Interimsabkommen mit der EU paraphiert, die nur den Warenhandel betreffen.

Die Pazifik-Staaten haben sich dafür ausgesprochen, die EPAs auf den Warenhandel, Fischerei und Entwicklungszusammenarbeit zu beschränken. Zudem sollen Dienstleistungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht einbezogen werden. Es wurden jedoch so genannte Rendez-vous-Klauseln in die Interimsabkommen mit aufgenommen, welche die Fortführung der Verhandlungen auch in diesen umstrittenen Bereichen vorsehen.

In einem Bericht des Pacific Institute of Public Policy wird auf die Ironie verwiesen, auf der einen Seite die zentrale Bedeutung des „good governance“ zu proklamieren und auf der anderen Seite Maßnahmen wie die Durchsetzung von Regionalen Handelsabkommen zu befördern, welche die Handlungsspielräume der Regierungen erheblich einschränken.

2. Kampagnennachrichten und Aktionshinweise

Wie geht's weiter mit der StopEPA-Kampagnenarbeit?

Beendigung der Postkartenaktion – Briefaktion an Bundestagsabgeordnete

Seit Juni vergangenen Jahres haben zahlreiche Menschen die Aktionspostkarte „Europa darf Afrika nicht überrollen! Rückschlag für Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte in Afrika verhindern“ an die Bundestagsabgeordneten ihres jeweiligen Wahlkreises geschickt. Alleine der Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Thilo Hoppe, erhielt mehr als 500 Postkarten. Einige Abgeordnete haben sich die Mühe gemacht, zu antworten. Grund für uns, die wichtigsten Argumente zusammenzufassen und entsprechende Gegenargumente zu liefern. Unter anderem werden die folgenden Themen aufgegriffen: WTO-Kompatibilität, handelsbezogene Aspekte wie die Singapurthemen und geistige Eigentumsrechte, die Rolle der Ursprungsregeln, Qualitäts- und Gesundheitsstandards, Zollabstufung, regionale Integration, (Export-)subventionen, sensible Produkte, Übergangsfristen, Aid for Trade, Monitoring sowie das Recht auf Nahrung.

Wer an einer weiteren Auseinandersetzung mit seinem/seiner lokalen Abgeordneten interessiert ist, findet in diesem „Fragen & Antworten“ Papier eine gute Grundlage. Das Dokument ist spätestens Ende April als pdf-Datei unter www.stopepa.de abrufbar.

Offiziell wurde die Postkartenaktion mit einem Anschreiben an alle Bundestagsabgeordneten beendet. In dem Brief (<http://tinyurl.com/mdb-brief>) bedankt sich die Kampagne für die Antworten, weist auf die problematischen Punkte der Interimabkommen (<http://tinyurl.com/strittige-punkte>) und die Möglichkeit zu einem Gespräch hierüber mit Vertreter/innen einer afrikanischen Delegation hin. Die Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, die voraussichtlich in diesem Jahr noch anstehende Ratifizierung der EPAs im Bundestag auszusetzen, bis alle strittigen Punkte in den Interim-EPAs geklärt, menschenrechtliche Wirkungsanalysen durchgeführt und die Abkommen von den AKP-Staaten ratifiziert worden sind.

Start der Unterschriftenaktion: „Eine Frage globaler Verantwortung“

Damit startet gleichzeitig die neue Unterschriftenaktion der StopEPA-Kampagne. Zwischen dem 23. und 26. März diskutierte das Europäische Parlament über die Ratifizierung von zwei EPAs: der Karibik (Cariforum) und der Elfenbeinküste. Die StopEpa-Kampagne hat die EU-Parlamentarier dazu aufgefordert, diese Ratifizierung auszusetzen (<http://tinyurl.com/MEP-Brief>). Leider erfolglos, obwohl der Entwicklungsausschuss des Europaparlamentes die gleiche Position vertrat. Die Abkommen mit der Karibik und der Elfenbeinküste waren die ersten EPAs, die dem Europäischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt wurden. Es besteht nun die Möglichkeit, die Bundestagsabgeordneten davon zu überzeugen, auf nationaler Ebene den Ratifizierungsprozess auszusetzen.

Bis zum noch nicht genau bekannten Ratifizierungstermin im Deutschen Bundestag (voraussichtlich noch in diesem Jahr) werden Unterschriften gesammelt. Die Unterschriftenlisten sollen zentral an die KOSA geschickt werden. Originale sowie Kopien der Unterschriftenlisten werden bei Bekanntgabe des Ratifizierungstermins an die Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Deutschen Bundestag übergeben.

Die StopEPA-Kampagne möchte Sie dazu einladen, sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen und Sie bitten, diesen Aufruf weiter zu verteilen.

Vordrucke der Unterschriftenlisten als pdf Datei finden sie unter ebenfalls unter www.stopepa.de oder können bei KOSA bzw. mit einer kurzen mail an post@stopepa.de angefordert werden: (KOSA, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld).

Informationsrundreisen: Afrikanische Milchbauern und Tomatenproduzenten berichten

Gemeinsam mit FIAN und Germanwatch veranstaltet die StopEPA-Kampagne im April zwei Informationsrundreisen. Im Mittelpunkt stehen die Auswirkungen der Freihandelsabkommen und der europäischen Exportsubventionen auf das Recht auf Nahrung. An drei verschiedenen Veranstaltungsterminen in Magdeburg, Bad Honnef und Bonn berichten ugandische Milchbäuerinnen und –bauern über ihre aktuelle Situation und ihre Besorgnis über die kürzliche Wiedereinführung der Exportsubventionen für Milchprodukte.

Link:http://www.fian.de/fian/index.php?option=com_events&task=view_detail&agid=211&year=2009&month=04&day=20&Itemid=226

Der Präsident des Kleinbauerverbands und ein Vertreter der NGO Send Foundation aus Ghana informieren in Göttingen Freiburg und Tübingen über die fatalen Folgen der massenhaften Importe von Tomatenpaste, die zum Großteil aus der EU stammen und ghanaische Bauern zusehends von ihren lokalen Märkten verdrängen.

Link:http://www.fian.de/fian/index.php?option=com_events&task=view_detail&agid=212&year=2009&month=04&day=20&Itemid=226

Wiedereinführung der Milchsubventionen

Seit dem 23. Januar 2009 subventioniert die Europäische Kommission wieder den Export von Milchprodukten mit Steuergeldern. Diese Subventionen ermöglichen es export orientierten Molkereien und Lebensmittelkonzernen ihre Produkte zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt zu schleudern. Kleinbauern im Süden können mit diesen Preisen nicht mithalten. Die Folgen sind Armut und Hunger. Am 23. und 24. März traf sich in Brüssel der Agrarministerrat der Europäischen Union, um dieses brisante Thema neu zu verhandeln. Anlässlich dessen führte Campact auf Initiative vieler Organisationen eine Online-Aktion mit der Aufforderung, einen Appell an Ilse Aigner und Heidemarie Wiecek-Zeul zu unterzeichnen, durch.

Die Ministerinnen werden in dem Petitionstext dazu aufgefordert, sich für den sofortigen Stopp der Exportsubventionen einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Milchproduktion am Bedarf ausgerichtet wird, so dass keine Überschüsse zu Dumpingpreisen exportiert werden. Am 20.03. wurden bereits mehr als 18.000 Unterschriften übergeben. Link: <http://www.campact.de/export/sn1/signer>

Afrikanische Delegation fordert Revision der EPAs und Abschaffung der EU-Exportsubventionen

Die Wiedereinführung der europäischen Exportsubventionen und die laufenden EPA-Verhandlungen bildeten die zentralen Themen bei einem Treffen einer Delegation afrikanischer Parlamentarierinnen und Vertreter/innen der Zivilgesellschaft mit NGOs der StopEPA-Kampagne am 03.03.2009 in Berlin. Während ihrer 10-tägigen Reise besuchten die sieben Delegierte aus sechs afrikanischen Ländern Parlamente und Ministerien in Brüssel, Madrid, Paris, London und Berlin. Im Rahmen einer öffentlichen Podiumsdiskussion informierten die afrikanischen Gäste über die Folgen europäischer Agrar- und Handelspolitik für die wirtschaftlich und soziale Entwicklung Afrikas. Zusätzlich trafen sie Vertreter/-innen des BMZ sowie Parlamentarier/-innen des Bundestages. (Pressemitteilung der StopEPA-Kampagne (04.03.09) http://www.stopepa.de/img/StopEPA_Pressemitteilung04032009.pdf und Foto http://www.stopepa.de/img/JoergPeterOxfamDeutschland_web.jpg Weitere Informationen zu diesem Thema finden sie außerdem unter http://www.oxfam.de/a_631_aktuell.asp?id=268.)

3. Links

Neueste Analyse des CARIFORUM und Pazifik EPA (ODI Overseas Development Institut, Dezember 2008)

http://www.thecommonwealth.org/document/159719/159720/185770/analysis_of_contents_of_cariforum_and_pacific_acp.htm

Informationen rund um den Handel zwischen EU und AKP und eine gute Übersicht über die einzelnen Regionen

<http://www.acp-eu-trade.org/epa>

Studie des World Development Movements (WDM), welche sich mit den Auswirkungen der fortschreitenden Liberalisierung des Finanzsektors insbesondere auf Länder im Süden beschäftigt

<http://www.wdm.org.uk/resources/reports/trade/takingthecredit09032009.pdf>

<http://www.wdm.org.uk/resources/briefings/trade/europeanbanksfailthepoor11032009.pdf>

Neu erschienene Publikation von Lui D. und S. Bilal zu den umstrittenen Themen im Rahmen der Interimsabkommen (ECDPM European Center for Development Policy Management, März 2009)

[http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/CA0600DFC1F8D539C125757C00491727/\\$FILE/09-89-e_contentious_issues_EPAs.pdf](http://www.ecdpm.org/Web_ECDPM/Web/Content/Download.nsf/0/CA0600DFC1F8D539C125757C00491727/$FILE/09-89-e_contentious_issues_EPAs.pdf)

Brief an alle Bundestagsabgeordneten mit der Aufforderung, die Zwischenabkommen kritisch zu prüfen und die Ratifizierung der EPAs im Bundestag auszusetzen (März 2009)

http://www.stopepa.de/img/27_02_09_Brief_an_MdBs_StopEPAs.pdf

Überblick über strittige Themen in den bisherigen Interimsabkommen

[http://www.stopepa.de/img/Strittige_Punkte_Interim_EPAs\(2009\).pdf](http://www.stopepa.de/img/Strittige_Punkte_Interim_EPAs(2009).pdf)